



DIE AIDSHILFE HALLE IST:



Martin Thiele Geschäftsführung, Referat Primärprävention MSM



Denis Leutloff Stellv. Geschäftsführung, Referat Sekundär-, Tertiärprävention & Beratung



Anna Müller Referat Primärprävention Allgemeinbevölkerung, Referat Primärprävention Frauen



Trixi JenningReferat Primärprävention
Jugendliche, Sexuelle
Bildung

BERATUNG

Beratungsstelle Halle

Information – Beratung – Betreuung

Leipziger Straße 32 06108 Halle (Saale) Öffnungszeiten:

Mo.: 10–13 Uhr, 14–16 Uhr

Di., Do.: 14-19 Uhr Und nach Vereinbarung

Universitätsklinikum Halle

HIV-Sprechstunde
Ernst-Grube-Straße 40,
HIV-Ambulanz – Innere IV
06120 Halle (Saale)
Sprechzeiten:
Di.: 14–16 Uhr

Naumburg

Beratungsangebot
Am Markt 12, Raum 305
06618 Naumburg (Saale)
Sprechzeiten:
Jeden 4. Do., 15–18 Uhr

Beratungstelefon Halle:

0345 - 19411

(Ortstarif)
Sprechzeiten:

Mo.: 10-13 Uhr, 14-16 Uhr

Di., Do.: 14-19 Uhr

Bundesweites Beratungstelefon:

0180 - 3319411

(max. 9 Cent/Min. aus dem dt. Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den dt. Mobilfunknetzen)

Sprechzeiten: Mo.-Fr.: 9-21 Uhr Sa., So.: 12-14 Uhr

Onlineberatung der Aidshilfen: www.aidshilfe-beratung.de

SELBSTHILFE

Positiventreffen

Geschlossene Veranstaltung Jeden 3. Mittwoch, ab 18 Uhr Ort: Seminarraum der Aidshilfe Email: positivleben@halle.aidshilfe.de

Treffen für Menschen mit HIV

LINKS

aidshilfe.de angehoerige.org
lwwit.de positiv-ev.de
hetero.aidshilfe.de positHIV.info
jungundpositiv.de jes-bundesverband.de
hiv-diskriminierung.de
hiv-migration.de/netzwerke/afrolebenplus

KONTAKT & SPENDEN

AIDS-Hilfe Halle / Sachsen-Anhalt Süd e.V.

Leipziger Straße 32 06108 Halle (Saale) halle.aidshilfe.de

Spendenkonto

Bank: Saalesparkasse IBAN: DE14800537620385311531

BIC: NOLADE21HAL

EDITORIAL

Liebe Leser_innen des red.-Magazins, liebe Freund_innen der Aidshilfe Halle,

wir befinden uns aktuell wieder in der stressigsten Zeit des Jahres. Das heißt: Der Christopher Street Day Halle (Saale) steht wieder vor der Tür. In diesem Jahr werden wir am 9. September unter dem Motto "Different Lives, Equal Rights" gemeinsam mit euch auf die Straße gehen und durch die Halleschen Straßen ziehen, um stolz unsere gueeren Leben und Identitäten in die Öffentlichkeit zu tragen und zu feiern. Zugleich versteht sich der Hallesche CSD als eine Demonstration, denn trotz der Ehe für Alle, dem Zugang zur Blutspende und einem halbgaren Selbstbestimmungsgesetz gibt es politisch noch so einiges zu tun, bis queere Menschen ein ebenso gleichberechtigtes und selbstverständliches Leben führen können wie die Mehrheitsgesellschaft. Mit welchen Forderungen wir in diesem Jahr für mehr Anerkennung und Rechtsgleichheit für LSBTIQ streiten wollen, könnt ihr wie gewohnt in der vorliegenden Ausgabe nachlesen.

Passend zur CSD-Saison, die für uns in Halle im September stets ihren Höhepunkt findet, präsentieren wir euch zwei wichtige queere

Themen in unserer 35. Ausgabe des red.-Magazins. Zum einen soll es um psychische Gesundheit queerer Menschen gehen. Zahlreiche Studien zeigen nämlich, dass LSBTIQ in unserer hetero- und cisnormativen Gesellschaft ein höheres Risiko für psychische Erkrankungen haben. Unser Gastautor Jonathan Gregory beleuchtet Fragen der der mentalen Gesundheit aus einer persönlichen Perspektive und zeigt auf, wie sich die "ICH WEISS WAS ICH TU"-Kampagne der Deutschen Aidshilfe mit dem Thema auseinandersetzt. Axel Schock, unser zweiter Gastautor in dieser Ausgabe, schaut sich die Situation queerer Menschen in anderen Ländern an und ruft deutlich zur internationalen gueeren Solidarität auf, um unseren Isbtig Geschwistern auf der ganzen Welt zur Seite zu stehen.

Ihr seht, die aktuelle Ausgabe ist eine ausgezeichnete Lektüre zur Vorbereitung auf den CSD.

Wir sehen uns dann am 9. September!

Martin Thiele, Geschäftsführer

INHALT

AIDS-Hilfe Halle / Sachsen-Anhalt Süd 2	My mental
Editorial / Inhalt3	Queere So
CSD Halle (Saale) 20234 - 5	Gedenktag
Forderungen zum	Impressum
CSD Halle (Saale) 20236 - 9	

My mental me	10 -	11
Queere Solidarität	12 -	17
Gedenktag 21. Juli	18 -	21
Impressum		23





















Motto des CSD Halle (Saale) 2023: "Different Lives, Equal Rights" "Verschiedene Leben – gleiche Rechte"

Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich, unabhängig von ihrer persönlichen Liebensund Lebensweise. Diese rechtliche Gleichstellung ist nicht zuletzt Resultat langer politischer Kämpfe der queere Community, die damit die Anerkennung grundlegenden Menschenrechte für alle erkämpft hat. Es sind Rechte wie die Gewährleistung von Schutz vor Diskriminierungen, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, auch in Bezug auf die Geschlechtsidentität zählt oder die Ehe für alle.

Trotzdem gibt es gleichzeitig oft anders aussehende Lebensrealitäten von Menschen, die sich selbst als LSBTI* identifizieren und denen, deren Lebensentwurf der vermeintlichen Norm entspricht. Das Hinweisen auf diesen Unterschied ist uns wichtig, denn die rechtliche Garantie der allgemeinen Gleichbehand-

lung führt nicht dazu, dass auch in den Köpfen der Mehrheitsgesellschaft Vorurteile, Stigmatisierung und daraus folgendes abwertendes Verhalten aufgehört haben zu existieren. Der Kampf ist noch nicht zu Ende!

Indem wir uns weiter für gleiche Rechte einsetzen und die individuellen Geschichten und Erfahrungen von LSBTI* Menschen hören und dafür sensibilisieren, können wir Barrieren in den Köpfen abbauen und das Verständnis und die Akzeptanz vielfältiger Lebensentwürfe fördern.

Wir wollen gemeinsam eine Welt gestalten, in der Unterschiedlichkeiten kein Grund für Abwertungen sind, sondern in der die Diversität der Menschen gefeiert wir! Eine Welt, in der wir nicht nur gleichberechtigt sind, sondern auch stolz darauf, verschieden zu sein.

Forderungen des CSD Halle (Saale) 2023

Die 23 Forderungen wurden auf dem offenen CSD-Plenum am 29.06.2023 beschlossen.

GRUNDSÄTZLICHES

- Der CSD Halle fordert, dass sich jeder Mensch in Halle, in ganz Deutschland und überall frei und sicher bewegen kann, ohne Angst vor körperlicher, psychischer, verbaler, staatlicher und/oder gesellschaftlicher Gewalt.
- Der CSD Halle fordert, dass sich die Bundesrepublik Deutschland dafür einsetzt, dass alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union die Rechte queerer Menschen achten und schützen. Wir fordern zudem, dass sich sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch die Europäische Union weltweit für die Verbesserung der rechtlichen und sozialen Situation queerer Menschen einsetzt.

SICHERHEIT

- Der CSD Halle fordert, dass sich Menschen, welche Opfer eines Übergriffs geworden sind, angstfrei an Polizei und Staatsanwaltschaft wenden können, ohne Gewalt oder Herabwürdigung von staatlicher Seite fürchten zu müssen.
- Der CSD Halle fordert, dass Straftaten gegen queere Menschen aufgrund der sexuellen Orientierung und/oder geschlechtlichen Identität als spezifische Hassverbrechen benannt und von staatlicher Seite konsequent erfasst, verfolgt und geahndet werden.
- Der CSD Halle fordert, dass bundesweit alle Strafverfolgungs- und Vollzugsbehörden für die Bedürfnisse von queeren Menschen sensibilisiert und entsprechende hauptamtliche Ansprechpersonen geschaffen werden.
- Die sofortige Abschaffung der Kennzeichnung "ANST" von Menschen mit HIV, HBV und HCV in den sachsen-anhaltischen Polizeidatenbanken und die Löschung aller in diesem Kontext gespeicherten Daten.

GLEICHSTELLUNG

- Der CSD Halle fordert die Ergänzung von Artikel 3, Absatz 3, Satz 1 des Grundgesetzes (GG) um das Merkmal der sexuellen Orientierung.
- Der CSD Halle fordert, dass das sogenannte Transsexuellengesetz (TSG) abgeschafft wird. Das Offenbarungsverbot muss für alle gelten, explizit auch für frühere Eheleute, Abkömmlinge, Eltern sowie Großeltern von trans* Personen. Neben verwaltungs-



rechtlichen Vorhaben, wie der freien Änderung des Namens und des Geschlechtseintrags, sind auch gesundheitspolitische Aspekte, wie die Kostenübernahme medizinischer Maßnahmen, zu regeln.

- Der CSD Halle fordert die Reform des Abstammungsrechts und die volle rechtliche Gleichstellung von Familien mit "2-Mütter-Kind"-Konstellationen.
- Der CSD Halle fordert die Legalisierung der bereits praktizierten, nichtkommerziellen Leihmutterschaft aus Nächstenliebe unter strengen, aber praktikablen gesetzlichen Bedingungen.

EMANZIPATION

- Der CSD Halle fordert die Entstigmatisierung von Sexarbeit.
- Der CSD Halle fordert ein Komplettverbot von sogenannten "Konversionstherapien", welches alle Menschen umfasst.
- Der CSD Halle fordert mehr Sichtbarkeit für alle marginalisierten sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten, insbesondere für lesbische, bisexuelle und queere Identitäten.

GESUNDHEIT

- Der CSD Halle fordert ein Verbot von nicht zwingend medizinisch notwendigen Eingriffen an intergeschlechtlichen Kindern sowie mehr Aufklärung und Anerkennung der verschiedenen Variationen der Geschlechtsentwicklung.
- Der CSD Halle fordert eine queer-inklusive Medizin sowie das Ende von Diskriminierung und Stigmatisierung von Menschen mit HIV. Wir fordern eine lückenlose und barrierefreie Gesundheitsversorgung für queere Menschen in ganz Deutschland, insbesondere in Sachsen-Anhalt. Der Zugang zu medizinischer Versorgung muss auch in der Praxis unabhängig vom Geschlechtseintrag möglich sein.

KINDER UND JUGENDLICHE

- Der CSD Halle fordert, dass das Land Sachsen-Anhalt zur Unterstützung queerer Jugendlicher ein queeres Jugendbudget bereitstellt, welches niedrigschwellig beantragt werden kann.
- Der CSD Halle fordert, dass die Reform des § 9 Punkt 3 SGB VIII bei allen zuständigen Stellen der Jugendhilfeplanung vollumfänglich Beachtung findet. Das bedeutet, dass bestehende Angebote sich queeren jungen Menschen nicht nur konzeptionell, sondern auch praktisch öffnen und ihnen einen Schutzraum bieten. Zusätzlich sollen neue Hilfsangebote für queere Kinder und Jugendliche geschaffen werden.

Der CSD Halle fordert, dass queere Themen in der Ausbildung von sozialen und pädagogischen Fachkräften sowie Beschäftigten im medizinischen und pflegerischen Bereich verbindlicher Teil des Curriculums werden. In den Lehrplänen allgemein- und berufsbildender Schulen in Sachsen-Anhalt müssen queere Themen mehr Platz bekommen, verbindlich sein und regelmäßig evaluiert sowie erweitert werden.

BEI UNS VOR ORT

- Der CSD Halle fordert die Einrichtung einer städtischen Antidiskriminierungsstelle für LSBTIQ*-Angelegenheiten mit auskömmlichen Finanzmitteln für Personal und Förderungen.
- Der CSD Halle fordert die Schaffung eines soziokulturellen Queeren Zentrums in Halle (Saale) in Zusammenarbeit mit bestehenden queeren Strukturen.
- Der CSD Halle fordert, dass die Bildungsarbeit zu geschlechtlich-sexueller Vielfalt in ganz Sachsen-Anhalt weiter und mit auskömmlichen finanziellen Mitteln gefördert wird.



Mach dich schlau - mit der digitalen HIV-Broschü<u>re</u>





Achtsam und Queer:

Warum wir mehr über unsere psychische Gesundheit reden sollten

An einem kalten Januarmorgen habe ich mich im Empfangsbereich einer psychiatrischen Nervenklinik wiedergefunden. An diesem Tag wurde ich mit einer Depression und einer Angststörung auf der Station aufgenommen.

Dass zur Gesundheit auch das psychische Wohlbefinden gehört, ist kein Geheimnis. Corona-Pandemie, Klima-Krise, Angriffskrieg in Europa und die Inflation sind Themen, die unsere Gesellschaft bewegen. Queerfeindlichkeit und ein spürbarer Rechtsruck in unserer Gesellschaft prägen öffentliche Debatten.

Was bei den Diskursen jedoch oftmals unerwähnt bleibt, sind die mentalen Spuren, die die permanente Angespanntheit bei vielen Menschen hinterlässt.

Zugleich ist die Versorgung im Bereich psychische Gesundheit völlig unzureichend – und geradezu katastrophal, was queersensible Angebote und Therapeut*innen angeht.

Queere Menschen leiden im Schnitt aber nicht nur häufiger an den Erkrankungen, sondern diese Erkrankungen wirken bei ihnen durchschnittlich auch länger und schwerer. LSB-TI*-Personen sind dadurch im Schnitt häufiger krankgeschrieben und einem höheren Risiko für langfristige Folgen ausgesetzt.

"ICH WEISS WAS ICH TU", die Präventionskampagne der Deutschen Aidshilfe, möchte sich mit genau diesem Thema beschäftigen – als Türöffner, damit Angehörige und Betroffene vielleicht einfacher ein Gespräch starten können. Es geht uns darum, aktuelle Diskurse in den Communitys aufzugreifen, um mit Informationen, Materialien und Veranstaltungen an den Gesprächen in den Szenen teilhaben zu können.

Wir sehen mentale Gesundheit als intersektionales Thema: Wir versuchen, verschiedene Faktoren der Lebenswelt zu identifizieren und diese im Zusammenhang mit unserem Wohlbefinden zu betrachten. Beispielsweise sehen wir, dass sich auf Menschen, die Stigmatisierung und Diskriminierung aufgrund ihres

Gesundheitsstatus, Rassismen oder Queerfeindlichkeit erleben, Stress oftmals anders auswirken kann. Diese Erfahrungen können krankmachen.

Wohlbefinden ist so vielfältig wie unsere Communitys. Ein gemeinsames Gesundheitsverständnis und die damit einhergehende Fürsorge für uns selbst und unsere Mitmenschen kann unsere Communitys nur stärken. Deshalb ist es IWWIT wichtig, dass wir mehr über unser psychisches Wohlbefinden reden.

Die Symptome meiner Depression waren vielseitig, von großer Müdigkeit über Schlafprobleme, negative Gedankenspiralen, Schwierigkeiten, überhaupt zu denken, bis zu Atemproblemen und Gliederschmerzen.

Mit der Hilfe meines Partners habe ich einen Platz in der Tagesklinik gefunden.

Dort habe ich durch verschiedene therapeutische Angebote gelernt, mich mit meiner psychischen Gesundheit und meiner Erkrankung auseinanderzusetzen. Offen und ehrlich mit anderen Menschen in den Austausch zu kommen, zu spüren, dass ich nicht alleine war mit meinen Symptomen, meinem Krankheitsbild und Gefühlen, das hat mir viel Kraft geschenkt.

Heute befinde ich mich in der privilegierten Situation, Teil der IWWIT-Kampagne sein zu können. Deshalb ist es mir wichtig, meine Erfahrungen zu teilen – vielleicht animieren sie dazu, dass wir gemeinsam ins Gespräch kommen. Zusammen achtsamer werden – dafür ist doch jetzt ein super Start.

Falls ihr mehr Informationen wollt, folgt uns auf Instagram, Facebook und besucht unsere Website.



Text: Jonathan Gregory Bild: iStock

Queere Solidarität gegen Queerfeindlichkeit

Die "Anti-Gender-Bewegungen" und Kampagnen gegen die Rechte queerer Menschen sind länderübergreifend organisiert. Umso wichtiger sind internationale queere Solidarität und gemeinsames Handeln.

Genau genommen lebt Derrick inzwischen im Untergrund, notgedrungen. Denn alles, was der Geschäftsführer der Organisation Let's Walk Uganda für die LGBTIQ*-Community seines Landes tut, steht unter Strafe: Seit das ostafrikanische Land im Mai eines der gueerfeindlichsten Gesetze der Welt verabschiedet hat, drohen ihm allein schon für die "Förderung von Homosexualität" bis zu 20 Jahren Haft.

Doch der Aktivist ist unerschrocken. Auf dem Podium der Diskussionsveranstaltung "LGB-TIQ*-Menschenrechte weltweit in Gefahr. Queere Solidarität jetzt!" am 27. Juli 2023 berichtet er über die Lage in seiner Heimat: Für "homosexuelle Handlungen" drohen langjährige Haft, wenn dabei HIV übertragen wird, sogar die Todesstrafe. Wer von gueeren Mitmenschen Kenntnis hat, ist zur Denunziation gezwungen, sonst drohen auch hier Gefängnisstrafen. Das gilt auch für Arbeitgeber*innen, Vermieter*innen, ja sogar Familienangehörige. Und zugleich wird von mancher Kanzel zum Hass gegen queere Menschen angestachelt, wird offen zum Mord aufgerufen, um "Kinder zu schützen".

Menschenrecht auf Gesundheit

Oueere Menschen verlieren ihr Zuhause. ihren Job, ihre Existenz, ihr soziales Umfeld. Vie- - wenn überhaupt - nur abwertend und hetle trauen sich nicht mehr aus dem Haus und zend über LGBTIQ*und ihre Organisationen. haben so auch keinen Zugang mehr zum Gesundheitssystem, etwa zur Versorgung mit lebenswichtigen HIV-Medikamenten.

Lebensgefährlich und geprägt von offenen Anfeindungen und Angriffen ist auch die Lage queerer Menschen in vielen anderen Ländern, zunehmend auch in Europa.

Abwärtsspirale der Queerfeindlichkeit in Russland

In Russland etwa haben sich die Lebensbedingungen der LGBTIQ*-Community seit 2013 immer weiter verschlechtert. Damals trat im gesamten Land das sogenannte Gesetz gegen "Homo-Propaganda" in Kraft, das die "Werbung für nichttraditionelle Lebensweisen" gegenüber Minderjährigen unter Strafe stellt das heißt, jede positive Äußerung über oder Darstellung von LGBTIQ* ist verboten.

Vorläufiger Tiefpunkt der staatlich verordneten Queerfeindlichkeit ist ein im Juli 2023 verabschiedetes Gesetz, das gezielt trans* Personen trifft: Es verbietet ihnen unter anderem. ihren Namen zu ändern oder eine Transitionsbehandlung durchführen zu lassen. Ehen, in denen ein*e Partner*in das Geschlecht angepasst hat, werden annulliert, trans* Personen dürfen außerdem keine Kinder adoptieren.

"Durch die Anti-LGBTIQ*-Gesetze verschwinden die Community und ihre Organisationen aus der legalen Öffentlichkeit. Wir werden unsichtbar gemacht", erklärt Natalia Soloviova vom Vorstand des Russian LGBT Network. das LGBTIQ*-Gruppen und Aktivist*innen miteinander vernetzt.

Aktivist*innen können nicht mehr öffentlich in Erscheinung treten, die Medien berichten Die Folge: ein enormer Anstieg an Gewalt und offener Aggression. "Die Angst nimmt zu", sagt Natalia Soloviova.



Türkei: Gewalt gegen Frauen und queere Menschen steigt – wie auch die Zahl der Aktivist*innen

Ähnliches berichtet Buğra Büyükşimşek aus Istanbul, Aktivist des queeren Projekts "Get REAL Movement". In der Türkei müssen LGB-TIQ*-Aktivist*innen damit leben, vom Regierungschef als "Mitglieder von Terrororganisationen" verunglimpft zu werden.

Die Hoffnung, dass Erdoğan nach der Wiederwahl von seinem harten Kurs gegen LGBTIQ* im Land ablassen würde, haben sich zerschlagen. Die Community hat aber allen Anfeindungen zum Trotz nicht aufgegeben. "Unter Erdoğan ist die Gewalt gegen Frauen und queere Menschen gestiegen, aber auch die Zahl der Aktivist*innen", berichtet Buğra. Und er benennt zwei entscheidende Faktoren, wie es der Community gelingt, in dieser feindlichen Atmosphäre zu bestehen:

Da ist zum einen ein enges Bündnis mit anderen Aktivist*innen, Gruppen und Initiativen, die sich beispielsweise für die Rechte von Frauen und Kurd*innen einsetzen. Zum anderen, sagt Buğra, finde man kreative Formen des Protests. Weil in Istanbul die Pride-Demonstration auf dem Taksim-Platz verboten wurde, wich man – für die Polizei über-

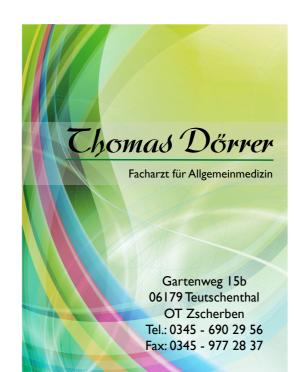
raschend – auf verschiedene andere Straßen aus und trug die Transparente nicht mit sich, sondern hängte sie an Hausfassaden.

Attacken auf Demokratie und Menschenrechte nehmen zu

In der intersektionalen Vernetzung und Kooperation sieht auch Francesca Sanders von Trans Gender Europe eine entscheidende Strategie, sich national wie international gegen den Rechtsruck und die damit verbundenen Anfeindungen und Einschränkungen zu wehren.

"Die Anti-Gender-Bewegung ist über die Grenzen hinweg koordiniert. Wir erleben ein Rollback der LGBTIQ*-Rechte nicht nur in Ungarn, Russland oder Bulgarien", so Francescas Beobachtung. Auch die Rechte von Frauen, insbesondere das Recht auf Abtreibung, würden beschnitten. "Diese Attacken auf die Demokratie, auf unsere Gesundheit und unsere Identität nehmen in vielen Ländern zu. Wir erleben es auch gerade in Deutschland im Zusammenhang mit dem Selbstbestimmungsgesetz", so Sanders.

So bildeten sich etwa gezielt Allianzen von LGBTIQ*-Feind*innen auf Ebene des Europäischen Parlaments. Eine ihrer einfachen, aber





wirkungsvollen Strategien: Die Abgeordneten stimmen bei jedem Antrag, der das Wort "Gender" enthält, mit "Nein". Deshalb müssten LGBTIQ*, Frauen und andere zum politischen Feind erklärte Menschen auf gleiche Weise Bündnisse schließen, um zusammenzuarbeiten, sich gegenseitig zu unterstützen und Aufmerksamkeit auf diese Entwicklungen zu lenken, so Sanders.

Entscheidend ist internationale Kooperation, um LGBTIQ*-Communitys zu schützen

Auch Natalia Soloviova sieht die internationale Kooperation als mitentscheidend, wenn die LGBTIQ*-Communitys überleben und ihre Freiheit und Rechte wiedererlangen möchten. So sollten queere Organisationen gemeinsam Strategien erarbeiten, um Anti-LGBTIQ*-Gesetze proaktiv bereits dann zu verhindern, wenn diese sich noch in der Planungsphase befinden. "Wir müssen nicht alle das Rad neu erfinden, sondern sollten Beispiele für erfolgreiche Kampagnen und Lobby-Arbeit untereinander weitergeben", schlägt Soloviova vor.

Wie die Aktivist*innen in Istanbul haben auch die Mitstreiter*innen des Russian LGBT Network Wege gefunden, um trotz des Gesetzes gegen "Homo-Propaganda" nicht zu verstummen. Durch kreative Formulierungen können etwa Hinweise auf Veranstaltungen und Treffen in den Sozialen Medien veröffentlicht werden, ohne dass diese juristisch als "Werbung" eingeordnet werden können. Allerdings ist dies ein mühsames, zeitfressendes Geschäft, denn jede öffentliche Äußerung muss zuvor von Anwält*innen geprüft werden.

Soziale Medien: für LGBTIQ* ein zweischneidiges Schwert

Könnten die Sozialen Medien auch in Ländern wie Uganda für die Interessenvertretung von LGBTIQ* sowie für Beratung und Unterstützung eine größere Bedeutung erlangen und sich vielleicht zum einzig verbleibenden, halbwegs sichereren Kommunikationsweg entwickeln?

Derrick ist sich da unsicher. Für ihn sind Facebook, Snapchat, Twitter und Co. ein zweischneidiges Schwert. Einerseits seien diese Apps zwar weit verbreitet und man erreiche damit auch Menschen, die im ländlichen Raum und fernab der Städte lebten. Doch nicht alle hätten Internet oder verfügten über ein Mobiltelefon. Vor allem aber würden in diesen Medien auch viele homosexuellenfeindliche Postings und Kommentare abgesetzt. "Dieser

Hass schlägt queeren Menschen unweigerlich entgegen, wenn sie diese Medien nutzen."

Christliche Kirchen tragen maßgeblich zur Queerfeindlichkeit bei

Die homo- und trans*feindliche Haltung ist nicht allein in der politischen Führung des Landes zu beobachten, sie hat sich tief in die Gesellschaft eingegraben. Dafür haben maßgeblich christliche Kirchen und insbesondere US-amerikanische Evangelikale gesorgt.

Finanziell gefördert wird die anti-queere Agenda unter anderem von US-Großbanken wie Goldman Sachs, aber auch aus Deutschland, wie der Journalist und Aktivist Dirk Ludigs erläutert.

Ebenjene kirchliche Organisationen, die Mittel der Entwicklungshilfe etwa zum Bau von Schulen erhalten, hetzten auch zur Verfolgung von queeren Menschen auf und unterstützen die Politik bei der LGBTIQ*-feindlichen Gesetzgebung. Es sei daher wichtig, dass alle Förderungen auf nationaler und europäischer Ebene auf den Prüfstand gelangen. Sanktionen gegen seine Heimat aber sieht Derrick nicht als geeignet, träfen sie doch nicht nur die heterosexuelle Mehrheitsgesellschaft, sondern auch die queeren Menschen seines Landes.

Uganda: LGBTIQ* brauchen jetzt einen langen Atem

Trotz der bedrohlichen Lage geben Derrick und viele andere Aktivist*innen in Uganda nicht auf. Sie arbeiten derzeit an einem 15-Jahres-Plan, wie die queere Community gerettet, die Rechte von LGBTIQ* erkämpft und die Haltung der Gesellschaft zu queeren Menschen verändert werden können.

Queere Menschen in Uganda brauchen unsere Solidarität und unsere Unterstützung, zum Beispiel durch Spenden.

Das Bündnis Queere Nothilfe Uganda wird von WE AID unterstützt, einer Plattform für gemeinnützige Krisennothilfe. Auf diese Weise kommen 100 % der gespendeten Gelder den Spendenzwecken zugute, ohne Abzug von Verwaltungskosten.

Weitere Informationen und Spenden: https://www.we-aid.org/initiatives/ queere-nothilfe-uganda/

> Text: Axel Schock Bilder: Adobe Stock (Javier, Clayton Daniels/peopleimages.com)





Praxis für hormonelle Gesundheit und Stoffwechsel Dr. med. Frank Ackermann Dirk Haaser

Montag: 8:00 - 12:00 Uhr & 13:00 - 17:00 Uhr
Dienstag: 8:00 - 12:00 Uhr & 14:00 - 18:00 Uhr
Mittwoch: 8:00 - 12:00 Uhr
Donnerstag: 8:00 - 12:00 Uhr & 14:00 - 18:00 Uhr

Freitag: 8:00 - 12:00 Uhr

Jägergasse 1 06108 Halle (Saale)

Telefon: 0345 2909838 Telefax: 0345 2909837 E-Mail: halle@hormonpraxis.info



ZEIGE

1.990 verstorbene
Freund*innen,
Verwandte, Klient*innen
und Patient*innen

Eine Trägödie in der Mitte unserer Gesellschaft

Wir trauern ...

GEDENKTAG 21.7.: TÄGLICH FÜNF TOTE DURCH FALSCHE DROGENPOLITIK Deutsche Aidshilfe: Gedenken heißt handeln! Die Länder sind am Zug - zuständige Ministerien müssen jetzt endlich Leben und Gesundheit von Drogenkonsument*innen schützen. Gedenkaktionen in 100 Städten. Immer mehr Drogen, immer stärkere Wirkung, immer mehr Tote: Die Drogenpolitik wird ihrer Aufgabe, das Leben und die Gesundheit von Menschen zu schützen nicht mehr gerecht. Am morgigen Internationalen Gedenktag für verstorbene Drogengebraucher*innen finden in 100 Städten Gedenk- und Protestveranstaltungen statt. 1.990 Menschen starben im Jahr 2022 im Zusammenhang mit Drogenkonsum – mehr als fünf am Tag. Die Zahl der Drogentodesfälle

stieg gegenüber 2021 um neun Prozent und

hat sich seit 2012 mehr als verdoppelt.

Dazu sagt Sylvia Urban vom Vorstand der Deutschen Aidshilfe (DAH):

"Die Verstorbenen sind nicht einfach anonyme ,Drogentote', sondern Menschen, die uns und anderen Menschen nahestanden - in der Familie, im Freundeskreis, am Arbeitsplatz. Wir gedenken der Verstorbenen in Trauer, aber auch mit Wut, denn ihr Tod wäre durch eine fachgerechte Drogenpolitik vermeidbar gewesen. Gedenken bedeutet auch, alles dafür zu tun, dass sich solche Tragödien nicht täglich wiederholen!"

Die Deutsche Aidshilfe unterstützt die Forderungen des Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Burkhard Blienert, nach einem Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik sowie mehr leicht erreichbaren Hilfsangeboten vor Ort. Blienert hat deutlich gemacht: Die zuständigen Ministerien und Senatsverwaltungen der Länder müssen das Thema auf "Chefebene" angehen. Kürzungen bei Hilfs- und Beratungsangeboten müssen tabu sein.

Im Gegenteil:

"Die dramatische Lage verlangt einen Ausbau von Angeboten, aber auch von Forschung und Pilotprojekten in Bund, Ländern und Kommunen. Wenn die Politik weiter zögert, sich den Problemen im Drogenbereich in angemessener Weise zu stellen, wird die Zahl der Toten weiter steigen. Wir müssen jetzt den Turbo einschalten und alle Maßnahmen vollumfänglich einsetzen, die das Leben und die Gesundheit von Drogen konsumierenden Menschen nachweislich schützen", sagt Dirk Schäffer, DAH-Referent für Drogen und Strafvollzug.

Der Bund hat in verschiedenen Bereichen Grundlagen geschaffen - jetzt sind die Länder am Zug. Folgende Maßnahmen sind unverzichtbar:

DRUGCHECKING BUNDESWEIT

Trotz jahrzehntelanger Verbotspolitik: Es sind heute mehr illegale Substanzen denn je auf dem Markt, zu geringen Preisen und in gefährlichen Zusammensetzungen. Schwankender Wirkstoffgehalt, etwa bei Ecstasy, und Beimischungen, etwa Fentanyl beim Heroin, erhöhen das Risiko für Überdosierungen. Dringend erforderlich sind Drugchecking-Angebote in Drogenkonsumräumen, in Clubs und bei Festivals - dort, wo die Substanzen auch konsumiert werden. Beim Drugchecking werden Drogen auf ihre Inhaltsstoffe untersucht. Das Angebot verhindert Todes- und Notfälle und ermöglicht Beratungsangebote. Der Bundestag hat den Weg rechtlich freigemacht. Jetzt müssen die Länder umgehend entsprechende Rechtsverordnungen und Angebote schaffen.

DROGENKONSUMRÄUME IN ALLEN BUNDESLÄNDERN

Drogenkonsumräume retten Leben und verhindern Infektionen mit HIV und Hepatitis C. Die Substanzen können dort injiziert oder geraucht werden. Im Notfall steht medizinische Hilfe bereit, außerdem werden sterile Konsumutensilien zur Verfügung gestellt, Beratung und Aufklärung angeboten. Drogenkonsum im öffentlichen Raum wird durch Drogenkonsumräume reduziert. Der Bund hat bereits im Jahr 2000 über eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes solche Orte ermöglicht. Doch

acht Bundesländer weigern sich bisher, entsprechende Verordnungen zu erlassen, darunter Bayern, wo die Zahl der Drogentodesfälle besonders hoch ist. Auch Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen verweigern Drogenabhängigen Menschen die Möglichkeit, in einem sicheren Umfeld zu konsumieren - ein Verstoß gegen das Menschenrecht auf den bestmöglichen erreichbaren Gesundheitszustand.

NALOXON FÜR ALLE POTENZIELLEN ERSTHELFER*INNEN

ner Überdosis Opioide Leben. Es kann leicht von Ersthelfer*innen per Nasenspray verabreicht werden. Naloxon muss darum zur Standardausrüstung für Rettungs-Sanitäter*innen und Polizist*innen gehören, aber auch Heroinkonsument*innen und Menschen in ihrem Um-

Das Notfallmedikament Naloxon rettet bei ei- feld sollten es erhalten und in der Anwendung geschult werden. Bisher wurden 600 Professionelle in Aids- und Drogenhilfen ausgebildet. Die Bundesländer stehen in der Pflicht, diesen guten Anfang auszuweiten. Das braucht gemeinsame Anstrengungen von Politik, Drogen- und Selbsthilfe sowie die entsprechenden Ressourcen.

HIV- UND HCV-PRÄVENTION AUSBAUEN

Zusätzlich zu diesen unmittelbar lebensretten- zen. Hier sind auch die Kommunen gefragt. den Maßnahmen muss die Prävention für intravenös Drogen konsumierende Menschen dringend verstärkt werden. Seit dem Jahr 2010 steigt die Zahl der HIV-Neuinfektionen in dieser Gruppe – obwohl viele bereits auf risikoärmere Konsumformen wie das Rauchen von Heroin umgestiegen sind. Zugleich reicht das Geld in der Drogenhilfe oft nicht mehr für das Nötigste wie die Verteilung steriler Sprit-

"Wir brauchen mehr leicht erreichbare Hilfs-, Präventions- und Testangebote in der Fläche - und das schnell. Das ist eine Frage des politischen Willens und der Finanzierung", sagt DAH-Drogenreferent Dirk Schäffer. "Wir möchten in den nächsten Jahren nicht wieder Menschen gedenken müssen, die noch leben könnten."

AKTIVITÄTEN ZUM GEDENKTAG AM 21.7.

In rund 100 Städten fanden am 21.7. Gedenk- DAH-Vorstand Sylvia Urban: veranstaltungen statt. Organisiert und gestaltet wurden sie von Menschen aus etwa 400 Einrichtungen der Aids- und Drogenhilfe, Selbsthilfeinitiativen und Angehörigenverbänden, darunter die Deutsche Aidshilfe.

"Wir rufen dazu auf, öffentlich auf den unnötigen Tod so vieler Menschen hinzuweisen und der Verstorbenen zu gedenken. Kein Mensch verdient es, allein gelassen und vergessen werden.

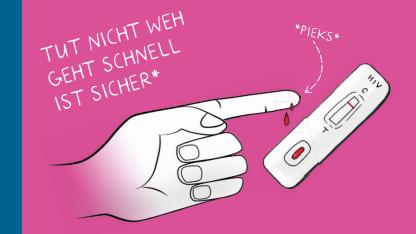
> Text: DAH Bilder: JES, gedenktag21juli.de







for HIV



Anonymer HIV-Schnelltest + Beratung

* Ergebnis in 20 Minuten, letzter Risikokontakt muss 12 Wochen zurückliegen

Mo.: 10 – 13 Uhr & 14 – 16 Uhr | Di. & Do.: 14 – 19 Uhr und nach Vereinbarung



- A Leipziger Straße 32, 06108 Halle (Saal
- - 2 70 info@halle.aidshilfe.

f @halle.aidshilfe

@ @aidshilfehalle

🚱 www.halle.aidshilfe.d

Impressum

AIDS-Hilfe Halle / Sachsen-Anhalt Süd e.V.

Leipziger Straße 32, 06108 Halle (Saale)

Geschäftsführung: Dipl.-Päd. Martin Thiele

Telefon: 0345 - 58 21 271

Fax: 0345 - 58 21 273

Email Redaktion: red.aktion@halle.aidshilfe.de

Fotografie: AHH, sunstroem effect, iStock, Adobe Stock (Javier, Clayton Daniels/ peopleimages.com), JES, gedenktag21juli.de

Autor_innen: Martin Thiele, Jonathan Gregory, Axel Schock, DAH

Anzeigelayout: DAH, Marcus Hamel, MW Office Gesellschaft für Marketing und Werbung mbH, Zenithmedia GmbH

Anzeigeleitung: info@halle.aidshilfe.de

Magazinlayout: www.marcushamel.com

Alle Inhalte dieses Magazins unterliegen dem Urheberrecht. Eine Weiterverwendung, auch auszugsweise, bedarf der schriftlichen Genehmigung durch den Verein. Genehmigungen können jederzeit widerrufen werden. Die Nennung und Abbildung von Personen in diesem Magazin lässt nicht zwangsläufig Rückschlüsse auf ihren HIV-Status und/oder deren sexuelle Orientierung zu. Abgebildete Personen können Models und nicht die im Beitrag genannten Personen sein.

"red." ist ein ehrenamtliches Projekt der AIDS-Hilfe Halle /Sachsen-Anhalt Süd e.V. und finanziert sich durch Anzeigeschaltungen selbst. Spenden sind möglich und steuerabzugsfähig.

gefördert durch





•

